

Bauskandale

„Wenn Bauherren ihre Hausaufgaben nicht erledigen“

Die baulich und mittlerweile auch juristisch ausufernde Sanierung des Wiener Stadthallenbades war Anlass für die Architekten-Kammer, das „System Bauskandal“ aufzuzeigen.

Die öffentliche Hand hat als Auftraggeber eine wichtige Funktion in der österreichischen Baulandschaft. Umso wichtiger ist daher die transparente und qualitätsvolle Abwicklung öffentlicher Aufträge. Mit Sorge beobachtet die Planerschaft allerdings einen Verlust der Planungs- und Auftraggeberkultur in bestimmten Fällen. Stichwort: Stadthallenbad in Wien. Nach einem Leck im Becken begann ein mehrjähriger Streit zwischen der Sportstätten Betriebsgesellschaft (WSTHB) der Stadt Wien und dem Generalplaner Architekt Georg Driendl.

halte hätten sich mittlerweile verzehnfacht. Projekte seien nur noch bis 60 Millionen Euro versicherbar, darüber hinaus brauche man eine Zusatzversicherung.

Die Kritik der Planer gegenüber der öffentlichen Hand als Bauherrin reicht von der „systematischen Verweigerung offener, fairer und transparenter Auslobungen für Architektur- und städtebauliche Wettbewerbe bis hin zum Beschneiden, Verkürzen und Verflachen des Planungsprozesses“. Und es sei falsch, dass diese Vorgangsweisen nur

zu einem Zeitpunkt, wo weder die Finanzierung der Projekte in vollem Umfang gesichert noch deren Planung hinreichend abgeschlossen ist. Andreas Gobiet, Präsident des Verbands der Ziviltechniker- und Ingenieurbetriebe: „Projektänderungen sind auch die Hauptursache für Kostenüberschreitungen.“

Fehlerursache Nummer 2: Anstelle von Bestbiestern werden Billigstbieter beauftragt. **Offenbar sei es einfacher, den billigsten Preis zu ermitteln, als das beste und nachhaltigste Angebot auszuwählen.** Die Planerschaft zeigt sich skeptisch, was das beschlossene Bestbieterprinzip betrifft. Peter Bauer, Präsident der Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten für Wien, NÖ und Burgenland: „Der Beschluss eines derartigen Gesetzes ist eine Sache, die Umsetzung eine andere.“ Bei Ausschreibungen gebe es genug kreative Möglichkeiten, jene Planer zu bekommen, die man will, ergänzt Bauer.

Die Folge sind Claim-Management und Konkurse. „In komplexen Systemen werden immer Fehler auftreten“, so Kammer-Vizepräsident Bernhard Sommer, „es kommt darauf an, wie man damit umgeht.“ Selbstverständlich müssen die – in einem fairen Verfahren festgestellten – Mängel und Schäden vom Verursacher beseitigt werden. Es müsse aber nicht jeder Baumangel, der vor Fertigstellung und Übergabe entdeckt wird, automatisch zu einem Gerichtsverfahren führen, er könne auch einfach behoben werden. Hier ist Augenmaß von allen Beteiligten einzufordern, kritisiert Sommer, denn die Kosten in enormen Höhen trage letzten Endes immer der Steuerzahler.

Vor allem bei nachgelagerten Gesellschaften der Stadt Wien fehle es an Kompetenz, sind sich die Standesvertreter einig. Rechtsanwalt Pflaum schlägt daher der Stadt Wien ein „Baukompetenzzentrum“ nach Vorbild der Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) vor.



Hannes Pflaum, Andreas Gobiet, Peter Bauer und Bernhard Sommer berichteten bei einer stark besetzten Pressekonferenz über „Die Konstruktion von Bauskandalen auf Kosten der Steuerzahler“

Derzeit stehe man bei einer angeblichen Schadenssumme von knapp 13,3 Millionen Euro, weshalb ein einziger Verhandlungstag (sechs Stunden) schon 200.000 Euro an Gebühren koste. Inzwischen entlastet ein gerichtliches Gutachten den Architekten größtenteils, berichtet Rechtsanwalt Hannes Pflaum, der Driendl vertritt. „Auch der Umbau des Parlaments und der Bau des Krankenhauses Nord werden die Öffentlichkeit noch ausgiebig beschäftigen“, ergänzt Pflaum.

Als Folge derartiger Prozesse haben die Versicherungen bereits mit einer Verdoppelung der Haftpflicht-Prämien für 2016 reagiert, beklagen die Planer. Die Selbstbe-

die lebendige, kompetente und innovative Expertise der österreichischen Ziviltechniker bedrohe. Auch die Qualität öffentlicher Bauvorhaben und nicht zuletzt das Budget der öffentlichen Hand seien davon betroffen.

Wenn Planungsleistungen beschnitten und nicht zu Ende gedacht werden können, dann steigt das Risiko des Entstehens von Mängeln, Kosten und Terminüberschreitungen enorm. Auch noch so ausgefeilte Verträge können dann nicht mehr schützen. Die mangelnde Projektvorbereitung sei die Fehlerursache Nr. 1. Die öffentliche Hand beginne mit dem Bau von Projekten oft ohne entsprechende Projektvorbereitungen, also